

Reichstag.

238. Sitzung. Mittwoch, 31. März, abends 8 Uhr.
Am Bundesratssaal: v. Schöen, Schulz, Breitenbach.
Das Haus ist sehr schwach besetzt.
Die zweite Lesung des Gesetzes des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Beim Titel Konsulat in Caracas rügt
Abg. Dr. Görde (nat. lib.) den mangelnden Schutz der Deutschen in Venezuela.

Der Titel wird bewilligt.

Nach fast debattierloser Bewilligung von circa 100 weiteren Titeln beschließt beim Titel Konsulat in Saloniči.

Abg. Altenstat Göring die konfessionellen Verhältnisse der Deutschen in Saloniči und verwahrt sich gegen Eintritte des Reichstags in die Kompetenz des evangelischen Oberkirchenrats. (Heiterkeit b. d. Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Siebermann v. Sonnenberg (W. Vg.) klagt die liturgische Gefährdung der evangelischen Konfirmandinnen in Saloniči durch den Simplicissimus. Darauf setzt der in Rebe siebende Konflikt hervorgerufen. Ein evangelischer Pfarrer darf nicht Mitglied in einem Club sein, in welchem der Simplicissimus gehalten wird. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär v. Schoen nimmt die Konsulatsbeamten in Saloniči gegen die Angriffe des Herrn Abg. v. Siebermann in Schutz.

Abg. Siebermann v. Sonnenberg (Wirtschaftliche Vg.) führt unter sich ständig siedender Unruhe aus, daß der Staatssekretär einheitlich unterrichtet sei.

Staatssekretär v. Schoen verliest ein ihm vom Konsulatsdelegaten überlandtes Schreiben. Er überreicht dieses dann dem Abg. Siebermann v. Sonnenberg, der das Wort nimmt, ohne den Vizepräsidenten Rämpf gefragt zu haben. (Allgemeine Unruhe.)

Unter allgemeinem Beifall verzichtet Staatssekretär v. Schoen auf eine nochmalige Erörterung.

Der Titel wird schließlich bewilligt.

Nach ungewöhnlicher Debatte gelangt ein nationalliberaler Antrag zur Annahme, zur Entsendung von Sachverständigen ins Ausland für landwirtschaftliche Untersuchungen dieselbe Summe zu bewilligen, als die Regierungsvorlage vorgesehen hatte.

Gleichfalls angenommen wird ein freisinniger Antrag, der eine von der Budgetkommission beschlossene Streichung zur Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke in Deutschland wieder aufhebt.

Es folgt ein Gründungsbesatz, der Mittel zum Erwerb einiger Grundstücke für militärische Bauten in Köln, Berlin usw. fordert.

Er wird debattierlos in erster und zweiter Beratung angenommen.

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsausordnung: Ich beantrage nicht mehr in die Beratung des Staats der Eisenbahnen einzutreten, sondern uns zu vertagen. Der verfassungsschädliche Termin zur Feststellung des Staats kann doch nicht innerhalb werden und für die nächsten Tage ist durch den Notparagraphen im Staatsgefecht georgt. Wenn man eine Verhandlung führen will, so darf es nicht nur eine Verhandlung dem Namen nach sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nach außen hin muß es einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn die Staatsberatung in einer Weise überhöht wird, von der auch jeder Büttner des Staats sagen muß, daß es nur geschickt, um mit dem Staat zu einem bestimmten Termin fertig zu werden. Der Staat muß eben uns so frühzeitig zugeben, daß alle, die das Wort dazu nehmen, es auch bekommen, ohne durch Ungebühr gestört zu werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Präsident lädt über den Antrag abstimmen, derselbe wird abgelehnt.

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsausordnung: Vor der Abstimmung hätte die Unterstützungsfrage gestellt werden müssen. Wenn das geschehen wäre, so hätte ich vor der Abstimmung die Schlussabstimmung des Hauses begegnet. Ich bedauere, daß mir nicht Gelegenheit gegeben wurde, von diesem geschäftsausordnungsmäßigen Mittel Gebrauch zu machen. Ich werde das aber bei der ersten Abstimmung, die erfolgen wird, tun.

Präsident Graf Stolberg: Ich gebe zu, daß vorhin ein Vorschlag gestellt ist; es fand gerade ein Wechsel im Präsidium statt. Ich schlage ich vor, in der Verhandlung fortzufahren.

Abg. Singer (Soz.): Nachdem der Präsident das Versehen festgestellt, hätte ich erwartet, daß die Abstimmung für ungültig erklärt würde. Im übrigen möchte ich meinen Antrag auf Vertragung wiederholen.

Präsident Graf Stolberg: Das ist nicht zulässig. Sie müssen mindestens noch einen Redner abwarten.

Der Präsident erlässt das Wort dem Verlegerstaatler zum Staat der Reichsbahnabteilung Abg. Schwabach (nat. lib.). Auf Bitten von der Rechten will er zunächst verzichten, erstattet dann aber seinen Verbit. Unzufrieden geht ein Verlagesantrag der Mehrheitspartei ein, der unter großer Heiterkeit der Sozialdemokraten angenommen wird.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Auskunft der Staatsberatung.) Schlüß 10^{1/4} Uhr.

er einen Lumpen geziichtet hatte. Ja, ein Gefühl des Triumphes wallte in ihr empor. Er war frei — frei! Er würde seinen eigenen Weg gehen.

Nur der Mann da draußen! Dieser schwer atmende elstige Mann, der sich über seine Kräfte anstrengte, um sich und ihr abends von seiner Gesundheit zu lügen . . . der aus seinem alten, angebohrten und anerzogenen Geist heraus Blüte spann, die sich nie erfüllen konnten . . . der die Wahrheit und Wirklichkeit nicht sehen wollte . . . der das Schicksal eines Menschen in eine bestimmte, gradlinige Bahn glaubte zwingen zu können . . . er würde diesen Schlag nicht ertragen.

Frau Trude sah ihn vor sich. Wie er im versessenen Winter auf seinem Lager geübt! Ein Grauen packte sie. Nein, das nicht noch einmal. Und nun dachte sie an Doktor Trall. Vielleicht wußte der einen Ausweg . . .

Es fiel Jeremias nicht auf, daß Trude sich nach dem Mittagessen etwas sorgfältiger als sonst ankleidete. Nur daß sie ernst war und seiner Heiterkeit mit einem gezwungenen Lächeln begegnete, bemerkte er: „Du machst die Sorgen, Liebste. Um den Jungen, nicht wahr?“

Sie blieb erstaunt auf.

„Was auf; es wird alles gut werden. Wenn er nur erst aus diesem Zigeunerleben heraus ist! Du wirst es Dora noch einmal danken, Trude, glaub' es mir.“ Und ohne eine Antwort abzuwarten: „Sei wieder fröhlich, Liebste. Ich werde ja von Tag zu Tag gesünder — und was fehlt uns eigentlich? Nichts.“

Er sah ihre Hände. Sie sah in diese guten trüben Augen, auf denen ein trügerischer Schein von Gesundheit schwamm, und war nahe daran, ihm zu sagen: Ja, was zieht uns denn eigentlich? Jeremi wird seinen Weg gehen; las uns den unsern in Frieden zu Ende führen in dem ruhigen Bewußtsein, daß er ein frohes Leben lebt. Denn da tauscht kommt es an!

Aber sie sagte es nicht. Sie küßte ihn und ging. —

Man wollte sie nicht vorlassen beim Arzt, weil die Sprechstunde noch nicht gekommen sei. Aber er hatte ihre Stimme gehört, kam heraus und ließ sie eintreten.

239. Sitzung. Donnerstag, den 1. April, vormittags 10 Uhr.
Am Bundesratssaal v. Breitenbach, Sybow.

Etat für die Verwaltung der Reichseisenbahnen beginnt beim Titel „Chef des Reichsamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen“.

Abg. Dr. Will (Centr.) wünscht Vorlegung der mit den Eisenbahnen abzuschließenden Verträge, sagt über vielfach zu niedrige Löhne der Eisenbahnarbeiter und Handwerker. Die Preisfahrscheinvergünstigung für Arbeiter sollte nach Möglichkeit ausgebaut werden.

Abg. Böhle (Soz.): Dem Beschluss der Kommission über Vorlegung der Verträge stimmen wir zu. Seiner Zeit hat schon Herr Storz darauf hingewiesen, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, wenn noch Verpflichtungen bestehen, wonach politisch unbeliebte Sitzungen vom Bahnhofsbuchhandel ausgeschlossen werden. Es ist merkwürdig, daß der Chef der Reichseisenbahnen durch dictatorisches Vorgehen dem Publikum es unmöglich macht, seine Reklame dem eigenen Wunsch entsprechen einzulassen.

Die Kaiserliche Generaldirektion Straßburg hat anlässlich der dortigen Kaiserparade eine Verpflichtung erlassen, wonach die Beamten und Arbeiter, die sich an der Illumination zu beteiligen gedachten, die Kerzen aus einem bestimmten Geschäft zu beziehen sollten. Das müsste von den Beamten und Arbeitern als ein ungerechter Zwang zum Illuminieren aufgefaßt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch muß dagegen protestiert werden, daß eine Kaiserliche Generaldirektion sich anmaßt für ein bestimmtes Geschäft Werbung zu machen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ebenso ungerechtfertigt ist der weitere Erlass, der den Eisenbahner die Teilnahme an Wahlkreisdeemonstrationen verbietet. Die Durchführung einer derartigen Orde führt naturgemäß zur Spaltung. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Sehr schlecht steht es um die Arbeitsbauer. 1907 hatten die Bahnwärter noch die 12-stündige Arbeitszeit. Einige sagten bis 18 Stunden. Bei dem Bugbegleitungspersonal, das einen sehr schweren Dienst hat, hatten auch noch 584 Beamte 18 Stunden, 585 bis zu 14 Stunden Dienst. (Hört, hört bei den Soz.) Auch beim Postomobilpersonal ist noch die 14-stündige Arbeitszeit vorhanden. Die Arbeiter bei den Gas-, Wasser- und elektrischen Anlagen der Eisenbahn werden vielfach zu Nachschichten herangezogen, und mit der Ruhezeit ist es schlecht bestellt. Der Chef der Eisenbahnverwaltung sollte es sich angelegen sein lassen, für angemessene Ruhezeit zu sorgen, um Überanstrengung zu verhindern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Spartensystem steht aber in voller Blüte und das Personal wird auf das äußerste eingeschränkt. Obwohl die Löhne etwas gestiegen sind, liegen sie doch bei weitem nicht in dem Verhältnis, wie die Kosten der Lebenshaltung teurer wurden.

In den Krankenkassen sind die Arbeiter ohne jeden Einfluss. Im Jahre 1905 beschloß die Generalversammlung, daß auch die ersten drei Krankheitstage bezahlt werden, wodurch verhindert werden sollte, daß die Arbeiter bei leichten Erkrankungen Dienst tun und sich dadurch schwere Erkrankungen auslösen. Die Verwaltung aber kümmert sich nicht im geringsten um diesen Beschluß. (Hört, hört bei den Soz.)

Im vorigen Jahre hat die Verwaltung hier ausgeführt, welche Furcht sie vor einem Streik der Eisenbahner hat, und daß deshalb der Ausritt der Arbeiter aus den Organisationen verlangt werden müsse. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben werden muss und daß dafür die Organisationen da sind. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Werner (Antl.) verlangt größere Vergleichsfestigung der Handwerker bei den Lieferungen und kritisiert die Sozialverträge.

Chef der Reichseisenbahnenverwaltung v. Breitenbach bestreitet die Berechting dieser Kritik. Die Handwerker werden so viel als möglich berücksichtigt. Bei Feststellung der Löhne richten wir uns, so gut wir können, nach dem allgemeinen Lohnmarkt. Seit zehn Jahren haben sich die Löhne der Arbeiter um 20 Proz. erhöht.

Auch die Anregungen des Herrn Böhle werden sorgfältig geprüft werden. Die Arbeitszeit wird ständig verringert. Der Erlass bei der Illumination in Straßburg sollte kein Zwang sein. Die Verhinderung der Wahlkreisdeemonstration durch Eisenbahnarbeiter kann nur gebilligt werden. (Bravo! rechts.) Das staatlichstädtische und unstillbare Schriften vom Bahnhofsbuchhandel ferngehalten werden, ist selbstverständlich. Zu den staatlichstädtischen gehören die sozialdemokratischen. Allerdings, wir sind gezwungen verpflichtet, diese selben Blätter zu transportieren. (Heiterkeit.) Den Vereinigungen der Eisenbahnerbeamten stehen vor neutral gegenüber, solange sie den Streik zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen ausschließen und sich von der Sozialdemokratie fernhalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Hessischer (reis. Vg.): Das Verbot des Verkaufs sozialdemokratischer Blätter auf den Bahnhöfen wird der Sozialdemokratie keinen Abbruch tun. Es wirkt um so eigenartiger, als gerade die sozialdemokratische Presse einen sehr energischen Kampf gegen die Schuhkultivare führt. In diesem Kampf können wir die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie gar nicht entbehren. (Bravo! links.)

Abg. Storz (Antl. Vp.) tritt für die Beseitigung der Kohlenausfuhrstrafe ein.

Abg. Schirmer (Centr.): Die Regierung hat in der Arbeitskammerkommission erklärt, sie würde eher das Gesetz scheitern lassen, als die Eisenbahnarbeiter einzubeziehen. Einen Grund dafür

kann ich nicht sehen. Auch der Gewerbeordnung und Gewerbeinspektion unterstehen diese Arbeiter nicht. Die Reichseisenbahnenverwaltung sollte einmal erklären, welche Rechtsgrundlage diese Ausnahmeteile haben soll. Auch die Erklärung des Ministers über das Koalitionsverbot der Eisenbahner billige ich nicht.

Minister v. Breitenbach: Der Eisenbahnbetrieb ist kein Gewerbebetrieb. Herr Hessischer gegenüber halte ich das, was ich über den Abschluß der sozialdemokratischen Presse von den Bahnhöfen sage, aufrecht. Herr Böhle beschwerte sich über die dreitägige Karentzeit bei Krankheiten. Ihre verschämte Auflösung bestätigte die Kasse mit 120000 M., worauf sie wieder hergestellt wurde.

Abg. Göring (Centr.) wünscht größere Vergleichsfestigung der Handwerker bei Lieferungen und bringt Pirmasenser Lokalschmierze zur Sprache.

Abg. Behrens (wirtsch. Vg.) bestreitet, gegen Böhle polemizierend, den Eisenbahnarbeiter das Streikrecht. Das Koalitionsrecht müsse ihnen aber zu stehen.

Abg. Emmel (Soz.): Auch ich wünsche, wie der Vorredner, daß die Staatsberatung im nächsten Jahre nicht wieder überredet werde, gebrochen wird wie jetzt. (Burst rechts: Nehmen Sie nicht so viel!) Wir haben uns kurz genug gefaßt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Chef der Reichseisenbahnenverwaltung sieht allen Klagen hier nur glückliche und einfache Abwendung entgegen. Er will auch weiterhin die Aufgaben der Eisenbahnverwaltung vergrößern, indem er eine Jurisdiktionsfähigkeit gegen die sozialdemokratische Presse zumetzt. Er will ferner beweisen, daß die Löhne der Eisenbahner gestiegen seien. Er vergibt dabei die Leistung der Lebensmittel, die viel größer ist, als die Lohnförderung. Er könnte sich aber aus offizieller Gewerbeausschüsse berichten über bleibend unbestrebte Tatsache untersuchen. Die Verkürzung der Arbeitszeit steht außerhalb jedes Verhältnisses zu den außerordentlich gestiegenen Ansprüchen an die Arbeitszeit. Ihm sich als Freund der Koalitionsfreiheit hinzustellen, hat er auf die „Tulpe“ der christlichen und katholischen Gewerkschaften hingewiesen. Herr Behrens hat sich dafür auch dankbar erwiesen und im Namen der Eisenbahnarbeiter auf das Streikrecht verzichtet. Dazu hat ihn aber niemand autorisiert. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Koalitionsrecht ist ein unbefristetes Staatsbürgerrrecht und das Streikrecht gehört zum Koalitionsrecht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Den Arbeitern die Koalition vorzuschreiben, deren sie sich befreien dürfen, ist ein bekanntes Kennzeichen brutaler Arbeitgeber. Der Eisenbahnminister hat vom Unrecht der Straßenbahn-Demonstration gesprochen. Die reichsländische Polizei war vernünftiger als Herr von Breitenbach und hat solche Demonstrationen gefestigt. (Sehr gut! und Hört, hört! b. d. Soz.) Glück des Präsidenten.

Vizepräsident Rämpf: Herr Abgeordneter, Sie haben gesagt, die reichsländische Polizei ist vernünftiger als der Minister von Breitenbach. Das ist ungehörig. (Sehr gut! und schallende Heiterkeit bei den Sozialen.) Außerdem haben Sie dem Minister Brüderlichkeit vorgeworfen, daher rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall rechts und große Heiterkeit bei den Sozialen.)

Abg. Emmel (Fortschreib.): Das Verhalten des Ministers gegenüber den Arbeitern zeigt, daß ihm mit dem persönlichen Abfall bei den Sozialen.

Vizepräsident Rämpf (während die Klingel schwingt): Diese Bemerkung ist völlig ungehörig. Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung. (Stimmlautes Beifall rechts, Gelächter bei den Soz.)

Minister v. Breitenbach: Die persönlichen Angriffe des Vorredners lassen mich fall. „Der Weckruf“, das Organ des sozialdemokratischen Eisenbahnverbandes hat den Verbit auf das Streikrecht ausgesprochen. (Hört, hört! Arbeiterausschüsse sind gut, wenn sie innerhalb ihrer Grenzen bleiben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Schirmer (Centr.) bestätigt, den Verbit des „Weckruf“ auf das Streikrecht.

Die Diskussion schließt. Der Etat der Reichseisenbahnen wird bewilligt. Es folgt der Etat des Reichsbaudamtes, der nach ungewöhnlicher Debatte erledigt wird, ebenso der Etat der Reichschilder.

Dann ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Donnerstag, 5^{1/2} Uhr. (Dritte Lesung des Etats.)

Schluss 8^{1/2} Uhr. Eingegangen ist eine Interpellation der Sozialdemokraten betreffend die Mitglieder in den Werkstakten, bei denen die aus den Betrieben ausschließenden Arbeiter schwer geschädigt werden.

240. Sitzung. Donnerstag, 1. April, nachmittags 5^{1/2} Uhr.
Am Bundesratssaal v. Behmann-Hollweg, v. Einem, v. Schön, Krause, Dernburg.

Die dritte Lesung des Etats.

Abg. v. Dannenberg (Welsch.): Der Reichskanzler hat uns neulich ein Privatissimum über die Königsstreue und ähnliches geleistet. Wir lehnen eine Sorte Königsstreue ab, die dem Vater gestattet, Hannoverscher Kammerherz zu sein, dem Sohn preußischer und dem Großvater vielleicht russischer. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler sagte, die Politik sei eine sühne Intonazione. Deshalb wird wohl auch der Herzog von Cumberland für einen Reichsfeld erlaubt, in Braunschweig aber wird für diesen abgespielten Reichsfeld gebeten. (Varm und Schlußrede bei den Rot. und Kons.)

einer ganz fatalen Situation.“ Er setzte sich in seine Schreibfessel und sah zur Decke . . . „Oder ich müßte liegen.“

„Wie?“ Frau Trude horchte auf. „Was meinen Sie?“

Er zog ein mürrisches Gesicht. „Sie ahnen nicht, was unsfester zusammenhängen muß, um die geehrten Patienten bei Laune zu erhalten. Es ist ekelhaft.“

Sie mußte lächeln.

Er stand auf und ging mit erregten Schritten auf und nieder. „Man gibt seine ganze Seligkeit zu bei diesem Geschäft, Frau Tattenbach. Na, das wäre allenfalls noch zu ertragen. Man hat ja dem Teufel manches zugeschanzt und steht sich nicht schlecht mit ihm. Aber diese armen törichten Gesichter zu sehen, die schon dem Tode verfallen sind und in die man ein kurzes künstliches Leben hineingestülpt.“

Frau Trude lächelte nicht mehr. Sie erblaßte.

Er sah es und fasste ihre Hände. „Es wird mir schwerer, als es mir je geworden ist, Frau Tattenbach — aber Sie sind eine tapfere Frau, nicht wahr? — wenn wir Ihrem Manne die Gesichter ein halbes Jahr verheimlichen könnten.“

Mehr geben Sie ihm nicht!“

Er hörte den Schrei und sah nachdenklich zu Boden. „Man kann sich irren. Auf Jahre. Um es offen zu sagen: ich glaube nicht, daß Ihr Mann diesen Sommer noch erleben würde.“ Er zuckte die Achseln. Ging zum Fenster. Kam wieder zurück. Bleib vor Frau Trude stehen. Hob wieder die Schultern. Dann reichte er ihr jedenfalls: „Ich muß es mir überlegen.